

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 290

Altensteig, Samstag den 11. Dezember

1926

Zur Lage.

Die politisch bewegte zweite Adventswoche schließt mit der Genfer Völkerbundtagung ab. Das Schlusswort in der Entlastungsfrage ist im Augenblick der Niederschrift dieser Wochenübersicht noch nicht gesprochen, aber es ist anzunehmen, daß die Militärkontrolle zum 1. Februar 1927 oder noch etwas früher verschwindet. Die Lösung hängt zwischen Paris und Genf. Die Völkerbundkonferenz, die in den letzten Tagen noch allerlei Einwände erhob, will die Verantwortung den politischen Führern in Genf überlassen. Die Voraussetzung für die Ablösung der Militärkontrolle war die Einigung über das Untersuchungsprotokoll des Völkerbundes, die durch die Arbeit der Juristen in Genf erleichtert wurde. Die Einzelheiten der Einigung sind noch nicht bekannt, aber man gewinnt den Eindruck, daß ein festes Abkommen wegen der künftigen Kontrolle Deutschlands durch den Völkerbund getroffen wurde. Nach den Stimmungsberichten aus Genf soll keine Dauerkontrolle eingerichtet werden, vielmehr nur dann, wenn gegen Deutschland von einer Macht Klage erhoben wird und der Völkerbundrat mit Mehrheitsbeschluß die in Artikel 213 des Friedensvertrages vorgesehene bestimmte Kontrolle anordnet, der Nachforschungsausschuß in Tätigkeit treten. Auch bezüglich der Nachbefugnisse der Nachforschungsausschüsse soll sich der deutsche Standpunkt durchgesetzt haben. Kontrollbesuche dürfen nur stattfinden, wenn deutsche Beamte dabei sind. Bei den Nachforschungen in Ungarn, Oesterreich und Bulgarien sollen deutsche Offiziere zugezogen werden, weil Deutschland gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes ist. Beschlüsse über die Einrichtung einer Dauerkontrolle des entmilitarisierten Rheinlandes sollen nicht gefaßt worden sein. Diese Frage bleibe der Regelung zwischen Frankreich und Deutschland im Zusammenhang mit den Beratungen über die Besteuerung der Rheinlande vorbehalten. Briand erklärte den Pressevertretern, daß die Frage der Räumung der besetzten Gebiete durch deutsch-französische Verhandlungen bis zur nächsten Märztagung des Rates geklärt sein könne und dann auf der Tagesordnung stehe. Diese Darstellung des Standes der Genfer Verhandlungen ist aus den letzten Berichten herauszulesen. Es ist aber möglich, daß von Stunde zu Stunde neue Gesichtspunkte in Erscheinung treten. Wir wagen es noch nicht, mit vollem Herzen zu sagen, daß die deutschen Forderungen in Genf durchgesetzt wurden. Solange nicht ein fester Termin über den Abzug der Militärkontrollen feststeht und solange nicht auch das Rheinland die aus der ganzen internationalen Politik sich ergebenden Erleichterungen erhält, wird man in Deutschland nicht froh werden. Es widerspricht doch dem Geist des Völkerbundes und dem Sinn der deutsch-französischen Besprechungen in Thoiry, wenn deutsche Gebietsteile von 50 000 Mann fremder Besatzungstruppen belegt sind. Ueber die Mißstände bei der Besatzungstruppe gab es in der französischen Kammer am Donnerstag laute Klagen.

In Genf wurde auch zwischen Dr. Stresemann und dem italienischen Vertreter über einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Italien verhandelt. Es geht daraus hervor, daß sich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Laufe dieses Jahres wesentlich gebessert haben. Eine Verständigung wurde auch erzielt über den deutschen Besitz in den ehemals österreichischen Provinzen. Ein Drittel dieses Besitzes ist bereits freigegeben, ein weiterer Teil ist zurückerworben worden. Etwa die Hälfte des Besitzes verbleibt dem italienischen Staat, der die früheren deutschen Bezirke entschädigt. Außerdem wurde in Rom ein Zusatzabkommen zum deutsch-italienischen Handelsvertrag vereinbart, das unnütze Zollstreitigkeiten verhindert und für gewisse deutsche Wirtschaftszweige von Bedeutung ist. Insofern darf also eine Besserung der Beziehungen zu Italien festgestellt werden, wenn auch die politischen Gegensätze noch weiter bestehen.

In Belgrad ist das Kabinett zurückgetreten, zunächst der Außenminister Dr. Rintschitsch, denn der Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages hat die Grundlagen der jugoslawischen Außenpolitik erschüttert. Albanien wurde 1913 durch die Londoner Völkerbundkonferenz zum Staat erhoben. 1917 erklärte Italien sein Protektorat über Albanien. Italien hat über seinen Einfluß in Albanien verstärkt, der Vertrag stellt das Land ganz unter italienischen Einfluß, jedoch das benachbarte Jugoslawien von der Adria abgetrieben wird und um seine Interessen auf dem Balkan fürchtet. Und dies geschah, obwohl Jugoslawien und Italien einen Freundschaftsvertrag haben. Jugoslawien hat seinerzeit bei Abschluß dieses Vertrages die Franzosen vor den Kopf ge-

stoßen. Nun steht es allein und trachtet sogar Anschluß an Deutschland zu finden. Eine neue Balkanreise steht also in Sicht.

Die amerikanische Politik ist durch die Völkerbundtagung an das Parlament in den Vordergrund getreten, obwohl sie eigentlich unverändert ist. Bedenklich darin ist nur Coolidges Stellungnahme zur Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums. Er betont den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriegsfalle, denn je mehr Geld die Amerikaner an fremde Länder leihen, umso heiliger muß ihnen das fremde Privateigentum werden, an dem sie sich vor wenigen Jahren so hart vergreifen haben. So ist erklärlich, daß Coolidge die moralische Verpflichtung zur Rückgabe deutscher Privatvermögen anerkennt. Amerika wird seine bisherige Politik fortsetzen und bei keinem Land die Frage der Schulden mit der Frage der Reparationen verwechseln lassen. Schatzsekretär Mellon gab in seinem Jahresbericht auch bekannt, daß Amerika im nächsten Jahr staatliche Untersuchungsstellen für Einwanderungslustige in Berlin, Bremen, Köln, Hamburg und Stuttgart errichtet wird.

Die Krise in der deutschen Innenpolitik drohte in dieser Woche zu einer Entscheidung zu treiben. Durch Verhandlungen des Reichsanwalters mit der Sozialdemokratie hat man jedoch die Sache nochmals um eine Woche vertagt. Es steht aber kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie, die nun mehr ernstlich den Anblick an die Große Koalition sucht, mit der Verabschiedung des Nachtragsausgabs die Frage der Regierungserweiterung aufwirft. Da überdies eine Reihe von brennenden Fragen und Gesetzen spruchreif sind, kann also noch vor Weihnachten mit der Regierungskrise gerechnet werden. Anlaß gab zunächst die Abstimmung über das Schenk- und Schenkgesetz, das mit den Stimmen der Deutschnationalen gegen die Sozialdemokraten Annahme fand. Verschärft wurde die innere Krise durch Aeußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, der ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnte. Reichsanwalt Marx und Dr. Scholz haben die Sozialdemokratie zu beruhigen versucht. Vergebens. Die Sozialdemokratie betrachtet die Vereinbarungen mit den Regierungsparteien als gelöst. Die Deutsche Volkspartei hat die Haltung ihres Führers gebilligt. Der Vorstoß der Sozialdemokratie richtet sich aber eigentlich gegen die demokratischen Reichsminister Dr. Gessler und Dr. Killy. Es bleibt nun abzuwarten, welche Ergebnisse Stresemann aus Genf mitbringt und ob er den Reich, der durch die Parteien geht, verkörpern kann. Im Reichstag sprach man am Donnerstagabend schon von Auflösung des Parlamentes. Da in den nächsten Wochen auch das Arbeitszeitgesetz und der vom Reichsrat angenommene Finanzausgleich den Reichstag beschäftigen wird, ist mit allerlei Ueberraschungen zu rechnen. Doch wollen wir uns daran erinnern, daß auch in der Politik nicht so heiß gegessen wird, wie es gekostet ist. Das gilt auch von den drohenden Regierungskrisen in Sachsen und Württemberg.

Und nun noch einige wirtschaftliche Streiflichter! Die Arbeit des deutschen Farbentrastes (I. G. Farbenindustrie A.-G.) hat die deutsche Öffentlichkeit in der letzten Zeit wieder lebhafter beschäftigt, nachdem das Unternehmen mit Mitteilungen über sein neues Düngemittel hervorgetreten ist. Die Landwirtschaft hat bisher drei hauptsächlichste Pflanzennährstoffe bei der Düngung verwendet: Stickstoff, Phosphorsäure und Kalk. Der I. G. ist es nun gelungen, diese drei Stoffe Gemisch zu vereinigen und damit nicht etwa einen neuen Nährdünger, sondern einen hochwertigen Volldünger zu schaffen. Im kommenden Düngesjahr wird das „Nitrophoska“ auf dem Markt erscheinen und dann zeigen, welchen Wert es für die ländlichen Wirtschaften, namentlich für die große Zahl der Kleinrenten, hat. Lebhaft Beachtung fanden ferner die Verhandlungen der deutschen und englischen Industrie auf einer gemeinsamen Konferenz der Spitzenverbände, die in London tagte. Man hat die Bedeutung dieser Konferenz teilweise wohl überschätzt. Gewiß stellte sie ein bedeutsames Ereignis dar, weil aus ihr der Wille zu einer gegenseitigen Zusammenarbeit in wichtigen Lebensfragen der Industrie hervorging. Praktische Ergebnisse werden aber erst auf längere Sicht zu erwarten sein. Zunächst dürfte es auf einem wichtigen Industriegebiet zwischen diesen beiden Ländern, im Kohlbergbau, zu scharfen Konkurrenzkämpfen kommen. Die englischen Gruben haben ihre Förderung wieder aufgenommen und sind dabei, langsam wieder die Produktionsziffern der Zeit vor dem Streik zu erreichen. Die englischen Bergherren werden jetzt alles daran setzen, um jeden Preis ihre früheren Absatzgebiete wieder zu erringen.

Keine Entlastung Deutschlands

Die heutige Sitzung des Völkerbundesrates Genf, 10. Dez. In seiner heutigen Sitzung erledigte der Rat zahlreiche Punkte seiner Tagesordnung, jedoch nur noch wenige Gegenstände für seine nächste auf morgen abend 5,30 Uhr angelegte Sitzung übrig bleiben, darunter als wichtigstes die Untersuchungsfrage und die Zurückziehung der franz. Truppen aus dem Saargebiet. Die Sitzung, die in ihrem zweiten Teil für vertraulich erklärt wurde, verlief ohne nennenswerte Diskussion.

Die französischen Truppen im Saargebiet Genf, 10. Dez. Zu der Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet war bekanntlich Mitte dieser Woche unter Mitwirkung der Rechtsachverständigen Deutschlands und Frankreichs eine Formel gefunden worden, die erlaubt hätte, dem von Frankreich geforderten Bahnstich im Saargebiet jeden militärischen Charakter zu nehmen. Die Annahme dieses Vorschlages scheint jedoch auf Schwierigkeiten zu stoßen, jedoch mit der abermaligen Vertagung der Angelegenheit gerechnet werden muß, obwohl der Rat bereits mehrere Male sich deutlich für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet ausgesprochen hat.

Der Beschluß der Völkerbundkonferenz

Paris, 10. Dez. Zu der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Völkerbundkonferenz und zu der heute früh stattgehabten Verhandlungen zwischen dem „Interalliierten Militärischen Komitee“ und General v. Pawelz berichtet Haas heute abend: Die Besprechungen, welche die Mitglieder des Interalliierten Militärischen Komitees heute vormittag mit General v. Pawelz gehabt hatten, hätten nicht das erwartete Ergebnis gezeitigt. Während General v. Pawelz sich bisher darauf beschränkt habe, unter Heranziehung juristischer Erwägungen die Zulässigkeit der alliierten Forderungen betr. die Festungen im Osten Deutschlands zu bestritten, habe er heute vormittag sich lediglich auf den militärischen Standpunkt gestellt und die These vertreten, daß die an den Befestigungen ausgeführten Arbeiten unerlässlich gewesen seien und daß sie trotz ihrer Bedeutung nur einen rein defensiven Charakter trügen, der zwar den Fortschritten der modernen Technik entspreche, der aber keineswegs mit Artikel 196 des Versailler Vertrages im Widerspruch stehe. Sämtliche alliierten militärischen Sachverständigen seien sich darüber einig gewesen, daß diese Erklärungen nicht genügten. Der gleichen Ansicht sei auch einstimmig die Völkerbundkonferenz in ihrer heute nachmittag abgehaltenen Sitzung gewesen. Sie habe daher bezüglich der Erfüllung der militärischen Klausel des Versailler Vertrages Deutschland nicht Entlastung erteilen können, nicht einmal unter dem Vorbehalt der späteren Behebung der letzten festgestellten Verletzungen. Die Völkerbundkonferenz habe mithin heute abend den Delegierten der in Genf vertretenen Mächte die Tatsache zur Kenntnis bringen können. Sie habe nicht einen Zeitpunkt für eine neue Sitzung anberaumt.

Berlin, 11. Dez. Aus den Gerüchten der Genfer Korrespondenten mehrerer Berliner Blätter ist zu entnehmen, daß der Bericht der Völkerbundkonferenz über die Entlastung Deutschlands nicht so ungünstig lautet, wie er von der Agentur Haas dargestellt wird. Wenn auch in dem Bericht erklärt wird, daß bezüglich der beiden strittigen Punkte wegen der deutschen Ostbefestigungen und der Herstellung von Kriegsmaterial keine befriedigende Lösung erzielt werden konnte, so läßt der Bericht die Möglichkeit offen, diese beiden Streitpunkte durch ein von den beteiligten Mächten abzuschließendes Uebereinkommen aus der Welt zu schaffen und zwar, daß man sie durch ein Schiedsverfahren oder durch diplomatische Verhandlungen erledigt. Die Entscheidung liegt also nach den erwähnten Genfer Berichten nunmehr bei den in Genf versammelten Außenministern.

Das heutige Communiqué der Botshafterkonferenz
 Paris, 10. Dez. Die Botshafterkonferenz hat heute nachmittag von 4 bis 6 Uhr getagt. Nach Schluß der Beratungen wurde folgendes offizielles Communiqué herausgegeben: Die Botshafterkonferenz ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen befaßt worden, die zwischen ihren militärischen Vertretern und General von Pawelz fortgesetzt wurden. Ein neuer Bericht hierüber ist den Ministern und Delegierten der deutschen, französischen, italienischen, belgischen und japanischen Regierung in Genf übermittelt worden. Der Botshafterkonferenz ging heute mittag eine offizielle Beratung der militärischen Interalliierten Komitees von Versailles unter dem Vorsitz von Marschall Foch in Anwesenheit von General Walsh mit dem deutschen Delegierten, General v. Pawelz und Geheimrat Forster voraus.

Die Danziger Anleihe vor dem Völkerbundrat
 Genf, 10. Dez. Der Völkerbundrat erteilte seine Ermächtigung zur Auflegung einer internationalen Anleihe für Danzig unter dem Vorbehalt, daß das Finanzkomitee vor der Ausgabe feststellt, daß gewisse, in seinem Bericht aufgeführte Anordnungen erfüllt sind. Der Rat spricht in der Entschließung ferner die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, die internationale Anleihe noch vor der nächsten Tagung im März aufzulegen.

Die Träger des Friedenspreises Stresemann, Briand, Chamberlain und Dawes Träger des Friedenspreises

Doko, 10. Dez. Heute fand hier in feierlicher Sitzung im Saale des Nobelinstitutes die Verteilung des Nobelfriedenspreises statt, der für 1925 Chamberlain und General Dawes und für 1926 Dr. Stresemann und Briand verliehen worden ist. Dem feierlichen Akte wohnten heute u. a. der König, der Kronprinz sowie zahlreiche Vertreter der Regierung, des diplomatischen Korps, des Starting usw. bei. Professor Dr. Fritz Hofmann hielt die Festansprache. Hofmann schloß: Die Lösung muß sein: Kein Krieg mehr, kein Krieg irgendwelcher Art! Unsere Zivilisation hat im letzten Kriege eine Lebenswunde erlitten, die bei weitem noch nicht geheilt ist. Wenn sich die Völker Europas der Schenlichkeit des Krieges stets bewußt wären, so würden sie dafür sorgen, daß ein Krieg nie wiederkehrt.

Dr. Marx an Dr. Stresemann
 Berlin, 10. Dez. Reichsminister Dr. Marx hat an den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann folgendes Telegramm gerichtet: „Zur Verleihung des Nobelfriedenspreises spreche ich Ihnen meine und der ganzen Reichsregierung aufrichtigste Glückwünsche aus. Wenn auch das Ziel der von Ihnen seit Jahren erfolgreich geführten deutschen Außenpolitik vornehmlich die baldige und endgültige Befriedung unseres Vaterlandes ist, so erblicke ich in dieser Auszeichnung das Anerkenntnis der Weltöffentlichkeit, daß die deutsche Mitarbeit an der Weltpolitik zugleich dem Frieden der ganzen Erde dient.“
 gez. Reichsminister Dr. Marx.“

Erklärung Dr. Stresemanns über die Verleihung des Nobelpreises

Genf, 10. Dez. Anlässlich der zahlreichen Glückwünsche, die den neuen Trägern des Friedenspreises von allen Seiten dargebracht werden, gab Reichsminister Dr. Stresemann der Presse folgende Erklärung: Die Verleihung des Nobelfriedenspreises ist mir eine aufrichtige Freude und Genugtuung. Ich sehe in diesem Ereignis weniger eine persönliche Ehre für die Außenminister Englands, Frankreichs und für mich, vielmehr betrachte ich die Entscheidung als Symbol der Anerkennung, die die Welt der Politik zollt, deren Anfang durch die Namen London, Locarno, Genf und Thoiry gekennzeichnet ist. Das Ziel dieser Politik ist der dauernde Friede und das Wohlergehen der Völker. Wird dieses Ziel erreicht werden? Ich vertraue darauf, solange Männer wie Briand und Chamberlain die Geschicke ihrer Völker leiten, zwei Männer, die aufrichtig und unter Einbeziehung ihrer ganzen Persönlichkeit eine wirkliche Verständigung erstreben und deren große Verdienste um den Frieden der Welt bereits geschichtliche Tatsachen sind.

Chamberlain über den Nobelpreis

Genf, 10. Dez. In der heutigen Besprechung der Rheinpaktmächte beglückwünschte der belgische Außenminister Vanderveelde, Chamberlain und Stresemann in herzlichsten Wendungen zu der Verleihung des Friedenspreises der Nobelpreisung. Chamberlain gab anlässlich der Verleihung des Friedenspreises der Presse folgende Erklärung: Ich fühle mich sehr geehrt durch die Verleihung des Friedenspreises, weil dieser für das in Locarno vollbrachte Friedenswerk das Siegel internationaler Genehmigung darstellt. Die Vertreter von sieben Mächten haben zu den dort erreichten Ergebnissen beigetragen, aber der größte Teil jedweden Verdienstes darf von Briand und Stresemann beansprucht werden und es ist mir eine doppelte Freude, daß mein Name mit den übrigen durch die Verleihung des Friedenspreises verknüpft worden ist.

Die Verleihung eines Nobelfriedenspreises an Dr. Stresemann

Berlin, 10. Dez. Die Verleihung des Nobelfriedenspreises an Dr. Stresemann wird von den Berliner Blättern mit Genugtuung verzeichnet. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Man hat sich damit begnügt, statt des Er-

folges den guten Willen und die edle Anstrengung zu prämiieren. Daß man in diesem Sinne den Leiter der deutschen Außenpolitik bedachte, ist eine erfreuliche Anerkennung nicht nur für dessen eigene Bemühungen, sondern für den Geist der ganzen deutschen Außenpolitik, für die wir in diesem Augenblick dem Nobelpreis Komitee besonderen Dank wissen. Möge in Genf der goldene Strauß aus dem Norden entsprechend auf die Gemüter wirken, damit aus dem „ante hoc“ ein „propter hoc“ werde! — Die „Tägliche Rundschau“ erinnert daran, daß den ersten Versuch einer wirklichen Befriedung Europas Dr. Stresemann mit der Einleitung seiner Politik des Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich machte. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Verleihung des Nobelpreises an Dr. Stresemann, Briand, Chamberlain und Dawes bedeutet die internationale Anerkennung einer Politik, die nicht nur das Wohl des eigenen Landes, sondern auch auf das Wohl der Menschheit gerichtet ist. Wenn Dr. Stresemann eine öffentliche Anerkennung für diese Politik erhält, die er mit beharrlicher Zähigkeit unter Umständen, die nicht immer leicht waren, verfolgt hat, so kann man einer solchen Ehrung nur Beifall zollen. — Die „Vossische Zeitung“ betont, daß das deutsche System der friedlichen Befriedungspolitik durch Schiedsverträge durch die Verleihung des Nobelpreises an Dr. Stresemann vor der ganzen Welt seine moralische Anerkennung erfahren habe.

Zur inneren Krise im Reich

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm zu den letzten Reden des Fraktionsführers der Deutschen Volkspartei Stellung. Der Fraktionsbeschluss besagt, daß die Sozialdemokratie die Vereinbarungen mit den Regierungsparteien, die sogenannte fünfte Koalition, als ausgefallen betrachte. In der dritten Lesung des Nachtragsetats will die Fraktion eine Entscheidung über das Gesamtkabinett herbeiführen. Sie wird sich deshalb bei dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Innenminister Dr. Kütz der Stimme enthalten.

Die Entscheidung ist also vorläufig vertagt. Auf Anregung des Kanzlers hat eine Aussprache zwischen dem sozialdemokratischen Führer Müller-Franken und dem Deutschvolksparteiler Scholz stattgefunden. Herr Scholz hat bei der Gelegenheit darauf hingewiesen, daß er bereits bei drei verschiedenen Anlässen seine Auffassung dahin gekennzeichnet hat, daß Kanzler und Regierungsparteien lediglich sich darüber einig geworden seien, von Fall zu Fall mit den Parteien von rechts und links über die Möglichkeit einer Reichheitsbildung zu verhandeln. Von weiteren Bindungen der Sozialdemokratie gegenüber sei ihm nichts bekannt. Herr Müller-Franken mußte darauf zugeben, daß unter diesen Umständen der Vorwurf der Inkonstanz gegenüber Herrn Scholz nicht berechtigt sei. Die Sozialdemokratie habe deshalb auch — und vielleicht auch aus anderen Gründen — ihre ursprüngliche Absicht, wonach sie von der Deutschen Volkspartei eine Desavouierung von Dr. Scholz verlangen wollte, ausgegeben und habe in ihrer Fraktion eine Entscheidung gefaßt, worin sie zu Protokoll gebe, daß sie zwischen ihr und dem Kanzler getroffenen Vereinbarungen über eine engere Zusammenarbeit hinsichtlich geworden seien und daß sie infolgedessen wieder freie Hand hätte. Sie haben gleichzeitig beschlossen, dem kommunistischen Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Kütz nicht zuzustimmen, sondern ihre Stellung zur Regierung endgültig erst bei der dritten Etatslesung festzulegen. Ein von sozialdemokratischen Abgeordneten dazu gegebener Kommentar geht dahin, daß die Sozialdemokraten in der kommenden Woche bei der dritten Lesung ein Mißtrauensvotum gegen das gesamte Kabinett einbringen würden. Ob das richtig ist, bleibt abzuwarten. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls dem Kanzler zu verstehen gegeben, daß sie grundsätzlich bereit sind, über ihren Eintritt in die Große Koalition zu verhandeln.

Neues vom Tage

Die Weihnachtshilfe der Beamten

Berlin, 10. Dez. In der Besprechung der Beamtendirektoren aus den Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien kam eine Einigung dahin zustande, daß die Weihnachtshilfe betragen soll für die Beamten der Sechsstundengruppen 1-4 ein Viertel, der Gruppen 5-12 ein Fünftel des für den Monat Dezember fälligen Einkommens, für die unverheirateten Beamten mindestens 30 und höchstens 60, für die verheirateten Beamten mindestens 50, höchstens 80, dazu für jedes Kind 5 Mark, für die Rollwagen insgesamt 10 Mark, höchstens jedoch insgesamt 15 Mark, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten ein Viertel der ihnen für Dezember zustehenden Beträge. Dies wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages angenommen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach den Altdeteranen eine einmalige Beihilfe wie den Kriegsbeschädigten gewährt werden soll und daß die einmalige Rollwagenbeihilfe auch auf die Arbeiter des Reiches Anwendung finden soll.

Berlin, 11. Dez. Nach Mitteilungen der Blätter machen die Weihnachtsgelöhne für die Beamten eine Ausgabe von 60 Millionen erforderlich. Die entsprechenden Aufwendungen für die Kriegsbeschädigten erfordern 23 Millionen; dazu treten noch die 25 Millionen, die das Reichskabinett für die Erwerbslosen und die Rentner gebilligt hat. Die Aufwendungen für die Länder und die Gemeindebeamten werden etwa 70-75 Millionen ausmachen. Für die Postbeamten werden etwa 16 Millionen aufgewendet werden müssen. Die Ansprüche, die an die Reichsbahn gestellt werden, lassen sich nicht genau abschätzen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 11. Dezember 1926.

Von der Amtsversammlung in Nagold

Nagold, 11. Dez. Bei der heutigen Amtsversammlung wurde die Erweiterung des Krankenhauses in Nagold mit 22 gegen 5 Stimmen beschlossen. Der Gesamtaufwand ist auf 260 000 Mark ohne Inneneinrichtung veranschlagt. — Der Antrag auf Zuschuß von 25 Prozent aus 300 000 Mark zum Krankenhausneubau in Altensteig wurde vertagt.

Bericht über die Gemeinderatsitzung am 8. d. M. Abwesenheit Gemeinderäte Bähler, Fuchs und Kallenbach. Dem Philipp Buch, Gerber, wird gestattet, bei seinem Anwesen den Platz beim Frauentisch durch einen Janu abzuschließen. — Dem Gesuch des Georg Schaidle, Maurer, um läufliche Uebertragung eines Bauplatzes neben seinem Anwesen gegen den Hauswald zur Erstellung eines Zweifamilienhauses wird unter gewissen Bedingungen und gegen den Preis von 3,50 Mark pro qm. entsprochen. Bei der Abstimmung ergeben sich 5 Stimmen für 4 Mark und 6 Stimmen für 3,50 Mark. — Genehmigt wird ein Kadehkommissionärsverkauf vom 3. d. M. mit einem Erlös von 9763 Mark bei einem Durchschnittsangebot von 125 Prozent der Vorpreise. Ein Gesuch der Fa. Gebr. Heuer und Hans Fejer hier um Uebertragung als hiesige Kaser wird der größeren Angebotsdifferenz wegen, gegenüber den interessierten Klebietenden, welche übrigens als alte Holznehmer zu den hiesigen gezählt werden, abgelehnt; ein Stangenverkauf vom 7. d. M. mit einem Erlös von 7688 Mark bei einem durchschnittlichen Angebot von 90 Prozent der Vorpreise. — Dem Ludwig Walz, Gärtner, werden aus dem Stadtwald 200 Christbäume zum Preis von 20, 30 und 40 Pfg. je nach Größe zur Abgabe an hiesige Einwohner überlassen. Zur Schonung des Waldes muß in den nächsten Jahren die Abgabe von Christbäumen aus den Stadtwaldungen eingeschränkt werden. Der Abgabepreis darf bis dreifache des Ankaufpreises nicht übersteigen. Walz darf als fordern für einen Christbaum bis 1,50 Meter Länge bis 6 Pfg., bis 2 Meter Länge bis 90 Pfg. und bis 3 Meter Länge bis 120 Pfg. — Die Gemeinde Garrweiler weigert sich an den Kosten für die von Förster Köhler im Garrweiler Gemeindefeld verrichteten außerordentlichen Ausgaben einen Anteil zu tragen. Der Gemeinderat lehnt die Uebernahme des Anteiles auf die Stadtkasse ab. — Ein Angebot des Bäckers Schwarz auf beim Verkauf am 5. v. M. übrig gebliebenes geringwertiges Brennholz wird angenommen. Genehmigt wird die unter der Hand erfolgte Abgabe eines Stammes 2. Kl. aus Hainerswald an Engelwirth Koh um 130 Pfg. der Vorpreise. — Für die Ortsarme Luise Luz werden an deren Wohnungsgeber, Hajner Luz, an dem monatlichen Mietzins 12 Mark verwilligt. — Auch neuer sollen wieder an hiesige Bedürftige Weihnachtsgaben verteilt werden. Kriegserwitwen erhalten je 10 Mark, Kriegserwaisen, soweit noch nicht konfirmiert, je 50 Mark als Sozialfallzulagen und die übrigen, vom Gemeinderat als bedürftig anerkannten Personen, je 6 Mark. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf ca. 1600 Mark. — Gemeinderat Fuchs stellt den schriftlichen Antrag auf Gewährung einer Weihnachtshilfe für die hiesigen Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Der Antrag wird in der nach vor Weihnachten stattfindenden Sitzung behandelt, da noch diesbezügliche Erhebungen anzustellen sind. — Anschließend hieran werden weitere Fürsorgefragen besprochen. — Die Beratung über einen Antrag des Gemeinderats Schüttler, die für die Kriegserwaisen bei der Stadt, Sozialfälle angelegten und entwerteten Papiermarkpaarungsgeschenke, in Reichsmark wieder voll anzulegen, wird auf die nächste Sitzung verschoben. — Durch Gemeinderatsbeschluss vom 5. Oktober/14. Dezember 1921 wurde der Firma Gebr. Theurer ein Bauplatz an der Hohenbergstraße (Brandhalde), auf welchem die Firma ein Einfamilienhaus errichte, mit einer Straßenfront von 40 Meter zum Preis von 6 Papiermark zugelassen. Der Kaufpreis wurde vom Gemeinderat längst in Goldmark festgelegt und der Firma angefordert, welche aber mit diesem Preis nicht einverstanden war. Nach längeren Verhandlungen mit den in der Sitzung erschienenen zwei Vertretern der Firma Theurer wurde für den Bauplatz und die zwischen diesem und dem neu zu bauenden Feldbereinigungswege liegende Fläche ein Preis von 2 RM vereinbart. Die Abstimmung über diese Vereinbarung ergab 63 Stimmen. Das Einfamilienhaus wird im Januar von der hiesigen Familie bezogen. — Der dem Zimmermann Wackerhut an der Gartenstraße im Jahr 1921 um 6 Papiermark pro qm. zugesicherte und von W. überbaute Platz wird ebenfalls zum Preis von 2 RM. pro qm. überlassen. — Stadtpfleger Krapf befindet sich vom 21. Dezember bis 10. Januar im Urlaub. Als Stellvertreter wurde vom Gemeinderat Herr Pfaff, Klapp, 3. J. bei der Stadtpflege, bestellt. — Anschließend folgt Beratung in geheimer Sitzung.

— Der Evang. Oberkirchenrat zur allgemeinen Notlage. Der Evang. Oberkirchenrat weist in der soeben erschienenen Nummer seines Amtsblattes darauf hin, daß der Beginn des Winters eine Verschärfung aller der besonderen Nöte bringt, unter denen viele Kreise unseres Volkes nun schon geraume Zeit schwer zu tragen haben. Zu den Arbeitslosen der Industrie seien zahlreiche Gewerbetreibende und Vertreter der freien Berufe gekommen; immer drückender werde die Lage der Vielen, welche die für ihre alten und schwachen Tage zurückgelegten Ersparnisse verloren haben und nun bitter darben. Daher wird den Geistlichen nahegelegt, auf diese Not und auf die Pflicht der Hilfe im Gottesdienst hinzuweisen und sie bei der Seelsorge im Auge zu behalten. Von der hingebenden Mitarbeit zahlreicher Geistlicher bei den Bestrebungen zur Hilfe in den genannten und anderen Nöten hat der Oberkirchenrat stets mit besonderer Befriedigung Kenntnis genommen.

— Mittlere Reifeprüfung. Die Mitteilung eines Reichsbüros, daß an den sogenannten Landrea- und Lateinschulen, die Schüler bis zur mittleren Reife vorbereiten, von kommenden Frühjahr ab die gesamte Schlußprüfung abgehalten werden darf, ist nicht richtig. Nur solchen Schulen mit privater Oberklasse, für welche gewisse, genau formulierte Voraussetzungen zutreffen, ist von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen in Aussicht gestellt worden, daß ein Gesuch um die Verleihung des Rechts, die Prüfung für die mittlere Reife selbstständig abhalten zu dürfen maßvollend oevrückt wird.



Wohlfahrtsbriefmarken. Die deutsche Rothhilfe gibt in diesem Jahr wieder Wohlfahrtsbriefmarken aus. Die hübschen Bierfarbendrucke mit den Wappen der Länder Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen sind vollständige Briefmarken im Frankaturwert von 5, 10, 25 und 50 Pf. Sie sind bis zum 30. Juni zur Frankatur aller In- und Auslandsbefragungen verwendbar. Der 100prozentige Aufschlag, mit dem sie verkauft werden, soll zur Durchführung der vielfältigen Aufgaben der freien Fürsorge dienen. In Württemberg wird der Ertrag zur Deckung der Unkosten der für notleidende Bevölkerung eingerichteten Speisungen (Mittelstandsküchen und Küchen für Erwerbslose), zur Unterstützung kinderreicher Familien, zur Hilfeleistung an Alte, Kranke und Erwerbsunfähige, zum Betrieb von Arbeitstuben für Frauen des Mittelstandes verwendet. Ein Viertel des Reinertrages verbleibt dem Bezirkswohlfahrtsvereine, sofern die Marken durch denselben bezogen werden. Was in außerdeutschen Ländern längst Sitte ist, daß Private und Firmen es sich zur Ehrenpflicht machen, wenigstens eine Woche lang ihre Postsendungen mit Wohlfahrtsbriefmarken zu frankieren, muß sich auch bei uns einbürgern, damit aus diesen kleinen Beiträgen alljährlich eine große Summe zusammenfließt, die es ermöglicht, die Not unserer Volksgenossen wirklich zu lindern.

Trossingen. Hier soll das hundertjährige Bestehen der Trossinger Mundharmonika festlich begangen und dem „Zeugbrüder“, dem Chr. Meßner, der den ersten Versuch machte, eine Mundharmonika zu fertigen, ein Denkmal gesetzt werden. Auf Einladung des Ortsvorstehers Haller wurde in einer zahlreich besuchten Ortsversammlung die Begehung dieses Jubiläums im Jahre 1927 beraten und einstimmig beschlossen. Mit der Feier soll eine Ausstellung der hiesigen Industrie und eine solche des hiesigen Gewerbes verbunden werden.

Tübingen, 10. Dez. (Tödlisches Autounfall.) Gestern abend um 8,15 Uhr fuhr der verheiratete Bäcker und Wirt Wilhelm Maurer von Ebenhäusen mit seinem Fahrrad von Tübingen kommend, heimwärts. Bei der Seitenpforte wurde er von einem ebenfalls von Tübingen herfahrenden Personenauto von hinten her überfahren, d. h. von dem Kotflügel des Autos gefaßt, über das Auto hinweggeschleudert und zu Boden geworfen, jedoch er auf der Stelle tot liegen blieb. Das Unglücksauto, dem Fabrikanten Junghans von Willingen gehörig, welcher selbst in dem Wagen saß, hatte nicht abgebremst. Dieser schreckliche Unglücksfall ist umso bedauerlicher, als Maurer eine herzkrante Witwe und 8 Kinder hinterläßt.

Stuttgart, 10. Dez. (Empfang in der württ. Gesandtschaft in Berlin.) Bei dem württ. Gesandten in Berlin fand Donnerstag 1. Ehren des Reichspräsidenten v. Hindenburg und aus Anlaß der Anwesenheit des württ. Staatspräsidenten Bogalle und anderer Mitglieder der württ. Regierung ein Festessen statt. Der Reichspräsident war in Begleitung von Staatssekretär Weizsäcker und Major von Hindenburg erschienen. Außerdem waren anwesend: Innenminister Volz und Finanzminister Dr. Dohring. Justizminister Beyerle war im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert worden. Ferner waren unter den Gästen: Reichsanwalt Dr. Marx, der Präsident des württ. Landtags Körner und der Vizepräsident Reichstagsabgeordneter Andre, der preussische Ministerpräsident Braun, der bayerische Gesandte Dr. von Preger, der badische Gesandte Honold, mehrere Reichsminister, sowie eine Anzahl württ. Reichstagsabgeordneter und die württ. Bevollmächtigten zum Reichstag.

Wuomigsburg 10. Dez. (Wahl.) Im Gemeinderat wurde Gemeinderat Dr. Walker zum Amtsverwalter des verstorbenen Oberbürgermeisters Hartenstein gew. l. Die Neuwahl eines Oberbürgermeisters wird am 23. Januar stattfinden.

Hirschlanden, 10. Dez. (Eine unverheiratete Aufwertungsforderung.) Eine hiesige arme Bauerwitwe, die unter den heutigen Verhältnissen schwer zu kämpfen hat, kaufte am 20. März 1922 von einem Cannstatter Viehhändler eine Kuh um 19000 Mark. Am 4. Mai 1922 mußte diese Kuh jedoch, da sie offenbar nicht viel taugte, wieder umgetauscht werden und die Witwe mußte schreibend, da sie doch eine bessere Kuh wollte, ein Aufgeld, und zwar weitere 5000 Mark bezahlen. An Zahlungen wurden geleistet: am 30. März 1922, also bei Kauf der ersten Kuh, 5000 Mark, am 22. Dezember 1922 weitere 10000 Mark und der Rest mit 9000 Mark am 23. Mai 1923. Die Käuferin erhielt nun dieser Tage per Einschreiben eine Aufwertungsforderung von 1131,20 Mark. Der Viehhändler will sich jedoch bei einer sofortigen Bezahlung gütlich mit der Hälfte zufrieden geben und von einem Prozeß absehen, wenn die Aufwertungsforderung im Betrage von 565,60 Mark bis 11. Dezember 1926 anerkannt wird. Die Käuferin soll demnach für ihre Kuh, die noch nie mehr als 400 Mark wert war, und die sie, wie feinerzeit vereinbart wurde, bezahlt hat, noch eine Aufwertung zahlen, die höher ist, als die Kuh je im Wert war.

Wütingen, 10. Dez. (Der Hund in der Schafherde.) Die Schäfer der Alb haben sich auf die Winterweide in die warme Gegend, hauptsächlich in die Umgebung von Worms begeben. Auch der ledige Schäfer Georg Wörner hat sich vor acht Tagen mit seinen Schafen auf die Wanderfahrt begeben. Seine Angehörigen haben jetzt die Nachricht erhalten, daß ein fremder Hund in die Herde geraten ist und ungefähr 40 Stück Schafe angegriffen hat. Vier Stück wurden tödlich verletzt und sind sofort verendet. Der Eigentümer des Hundes soll noch nicht ermittelt sein.

Heilbronn, 10. Dez. (Lebensmüde.) Von einem Nürnberger Turm in die Tiefe gesprungen ist der frühere Inhaber der Firma Volz, Eißigfabrik und Garkereineigerei, Mandel, hier. Die Firma ist bekanntlich eingegangen. Mandel ist an den Folgen des Sturzes gestorben.

Aulendorf, 9. Dez. (Dialporeversammlung.) Gestern fand die jährliche Versammlung evang. Männer und Frauen der oberschwäbischen Dialpora statt. Dekan Scheuren-Siberach führte den Vortrag. Prälat D. v. Pfand-Allm war anwesend, ebenso eine stattliche Zahl von Geistlichen und Laien Männer und Frauen in bunter Mischung. Hauptredner waren Missionsinspektor Jechle-Stuttgart und Superintendent Seelinger-Sigmaringen. Ebenfalls anwesend waren Prälat D. Dr. Holzinger-Ludwigsburg und Prälat Dr. Hoffmann-Heilbronn.

Herrenimmern, 10. Dez. (An Brandwunden gestorben.) Die Ehefrau des Landwirts Heimbürger von hier gab beim Feueranzünden Spiritus in den Herd, wobei die Flasche mit dem Spiritus explodierte und die Kleider der Frau Feuer fingen. Trotz sofortiger Hilfe erlitt die Frau so schwere Brandwunden, daß sie nach achtstündigem schmerzlichen Leiden gestorben ist.

Tuttlingen, 7. Dez. (Gefährliche Güterbahndiebstahl.) Seit September kamen auf dem hiesigen Güterbahnhof immer wieder Güter abhanden und zwar zum Teil Leder und Schuhpappe. Als Täter wurden nun ermittelt der 28 Jahre alte Hilfsrangierer Franz Leiber von Nöhringen und sein 14jähriger Bruder Gustav Leiber. Soweit bis jetzt festgestellt ist, wurden entwendet etwa 11½ Ztr. Leder, 80 Paar Schuhe, ein Säckchen Kaffee und ein Rollen Pergamentpapier im Werte von rund 3000 Mk. Diebstahl und Hehler wurden nach Rottweil eingeliefert.

Kleine Nachrichten aus aller Welt
Internationale Industriellenbesprechungen in Paris. Etwa 40 Vertreter der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie sind in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten, um verschiedene Fragen über das Funktionieren der Rohstahlgemeinschaft zu prüfen.
Annahme des französischen Gesamtbudgets. Die Kammer hat das Gesamtbudget für 1927 mit 410 gegen 135 Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten angenommen. Das Budget weist auf der Einnahmeseite 40.000, auf der Ausgabe Seite 39.634 Milliarden Franken auf. Im Verlaufe der Beratungen hat der Berichterstatter des Finanzausschusses den zu erwartenden Anteil Frankreichs am Dawesplane auf 800 Millionen Goldmark geschätzt.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 9. und 10. Dezember

	9. Dez.	10. Dez.	9. Dez.	10. Dez.
Buenos Aires (100 Pes.)	1.714	1.718	1.715	1.714
London (1 Pfund Sterling)	20.795	20.815	20.800	20.810
New York (1 Dollar)	4.3005	4.3106	4.3000	4.3000
Amsterd. (100 Gulden)	107,30	108,30	107,94	108,30
Frankf. (100 Schell.)	56,44	56,58	56,42	56,56
Italien (100 Lire)	18,32	18,36	18,25	18,29
Oslo (100 Kronen)	106,52	106,78	106,14	106,40
Paris (100 Franken)	16,54	16,58	16,525	16,540
Schw. (100 Kronen)	81,08	81,28	81,10	81,30
Spanien (100 Pesetas)	92,86	94,01	92,79	93,93
Wien (100 Schilling)	59,29	59,40	59,245	59,300

Die amtliche Großhandelsbilanz vom 8. Dez. 1926. Die auf den 8. Dezember d. J. bezogene amtliche Großhandelsbilanz des Reichs ist gegenüber dem 1. Dezember um 1,0 v. H. um 18,1 v. H. zugenommen. Von den Hauptgruppen haben die Warengruppen um 18,6 v. H. zugenommen, während die Industrieerzeugnisse um 12,1 v. H. zugenommen sind.

Börsen
Berliner Börse vom 10. Dez. Das bemerkenswerte Merkmal an der Börse war auch heute wieder die große Geschäftslage. Das Publikum hat sich sehr verhalten, aber auch nur verhältnismäßig wenig und die Spekulation beteiligt sich bei der durch die Aufhebung der parlamentarischen Vorgehensweisen innerpolitischen Unklarheit überwiegend nach unten. Jedem bleiben die Geldverhältnisse trotz einer heute noch nicht abgelaufenen Entlastung noch ziemlich unklar. Auch ist die radikale Bewegung auf den Aktienmärkten immer noch nicht abgeklungen, jedoch verhältnismäßig leichte Verkäufe eintreten. Zinsfuß war etwas vermindert zu Börsen von 6-7,5 Prozent vorhanden. Die nächste Sicht um ein Viertel Prozent auf 4 drei Viertel Prozent erhöht, für lange Sicht blieb er mit 4,5 Prozent unverändert.

Warenpreise, 9. Dez. (Schalmarkt.) Zufuhr 2014 Tiere, Preise: 1. vom Hammel 90-100, Ferkel 80-90, Zümmel 60-70, Brackel 60-65, Wasserbüchse 85-90.

Getreide
Frankfurt, 9. Dez. Weizen 14 bis 14,50, Roggen 11, Gerste 12-12,50, Futterweizen 11, Haber 8-9,20, - Gerste 12, Roggen 12, Gerste 11,50-12,50, Haber 9,20 bis 10,20, - Weizen 9,00, - Weizen 9,00, - Weizen 9,00.

Wärte
Heilbronn, 9. Dez. (Schalmarkt.) Zufuhr 2014 Tiere, Preise: 1. vom Hammel 90-100, Ferkel 80-90, Zümmel 60-70, Brackel 60-65, Wasserbüchse 85-90.

Rechte Nachrichten.
Drohende Generalausperrung in der deutschen Schuhindustrie
Frankfurt a. M., 10. Dez. In einer Offenbacher Schuhfabrik legte ein Teil der Arbeiterschaft ohne Einhaltung der Kündigungsfrist unter Bruch des Arbeitsvertrages die Arbeit nieder. Von gewerkschaftlicher Seite wurde dieses Verhalten gebilligt und die übrige Belegschaft aufgefordert, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären. Auch in einem Kölner und zwei Mainzer Betrieben wurde die Arbeit eingestellt. Der Hauptauschuss der Arbeitgeberverbände der deutschen Schuhindustrie hat im Hinblick auf diese Vorgänge einstimmig beschlossen, für nächste Woche eine Generalversammlung einzuberufen, um in dieser die Generalausperrung in sämtlichen deutschen Schuhfabriken zu beschließen.
 Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Amtsgericht Nagold.
Gerichtsdienst im Jahr 1927

- Die Verhandlungen in bürgerlichen Rechtsfällen finden am Dienstag statt, die Sitzungen des Amtsgerichts in Strafsachen am Donnerstag.
- Als Gerichtstag in Nagold ist der Samstagvormittag bestimmt. An diesem Tage können mündliche Anfragen und Gesuche jeder Art vorgetragen und Anträge und Klagen zu Protokoll gegeben werden. Ebenso ist Sprech- und Schlichtungstag des Friedensrichters der Samstagvormittag; auf diese Gelegenheit, Rechtsstreitigkeiten ohne Prozeß zu erledigen, wird ausdrücklich hingewiesen. An anderen Wochentagen können nur dringende Anfragen, Anträge und Gesuche entgegengenommen werden.
- Der Gerichtstag in Altensteig wird je am ersten Montag des Monats, der auf einen Werktag fällt, von nachmittags 2 Uhr ab, gehalten; im August fällt er aus.

Den 9. Dezember 1926. **Amtsgerichtsrat Schlehner.**

Brieftaschen
Banknotentaschen
Aktienmappen
 empfiehlt in großer Auswahl billigt die
W. Rieker'sche Buchhandlg. Altensteig.

Dornstetten
 Die Stadtgemeinde Dornstetten bringt am Donnerstag, dem 16. Dezember 1926, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Dornstetten im mündlichen Ausschreib zum Verkauf:
 Aus den Abteilungen Bord. und Mittl. Schlacht, Schenkfaktisch und Eiselsteig
zuf. 589 Festm. Lang- und Sägholz, vorherrschend Starkholz
 Auszüge beim Waldmeister. Liebhaber sind eingeladen.
Gemeinderat.

Untere Verkaufsräume
 sind an den Sonntagen vor Weihnachten von 12-4 Uhr nachmittags geöffnet.
Berg & Schmid, Nagold.

Bekanntmachung
 Um in den hiesigen Gewerbebetrieben werktags keine Störung zu verursachen, wird die elektrische Leitung von dem Ständer des Kronenanwehens am nächsten Sonntag verlegt. Zu diesem Zweck muß von vormittags 9 bis 12 Uhr das ganze Stromnetz abgestellt werden.
 Altensteig, den 11. Dezbr. 1926
Stadtschultheißenamt
Pfizenmaier
Pfalzgrafeweller

Stangen-Verkauf
 Am nächsten Mittwoch den 15. Dezember, vormittags 11 Uhr, werden im Rathaus aus den Waldteilen Hainberg, Pögle, Stenach, Rorbächle und Lehmengrube **99 Bauhlangen, 288 Hagstangen, 1738 Hopfenstangen und 1763 Reisstangen** im Ausschreib verkauft, wozu Liebhaber eingeladen werden.
Gemeinderat.

Briefmarkensammler
 kaufen ihre Wohlfahrtsbriefmarken am besten beim **Bezirkswohlfahrtsverein Nagold** (Tel. 80) oder in dessen Auftrag bei der **W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.**

Schuhwaren

sind das nützlichste und praktischste Weihnachts-Geschenk

Empfehle in verschiedenen Ausführungen und Preislagen:



Winterschuhwaren jeder Art:

Kamelhaarartikel / Filzschallentiefel mit und ohne Besatz / Filzschallentiefel mit echt Lammfellfutter / Lederschnallentiefel, warm gefüttert
Holzschuhe u. -Stiefel mit Filzfutter / Hauschuhe

Lederschuhwaren, alle Sorten

Sportartikel

Turnschuhe, Touristentiefel handwiegendnäht

Gamaschen und Schäfte

Aug. Seeger Schuh-Geschäft

Fernsprecher 63 — Auswahlendungen und Umtausch gerate gestattet

Bitte um Weihnachtsgaben

Der Ev. Volksbund in Altensteig wünscht auch heuer wieder bedürftigen Gemeindegenossen auf Weihnachten eine Freude zu machen und bittet um Geld- oder Naturalgaben für diesen Zweck.

Gaben werden entgegengenommen von
Frau Schmiedmeister Karl Wallraff
und vom Stadtpfarramt.

Schirme

in jeder Preislage

bei

Reinhold Hayer, Altensteig

Egenhausen

Heute Samstag und
morgen Sonntag



Metzelsuppe

wogu freundlichst einladet

Seeger zur Krone

Zu Weihnachten



Photo-Apparate

und deren
Zubehör

Apparate von
ab 10.— an

Auskunft und Besichtigung ohne Kaufzwang

Teilzahlung gestattet

Schwarzwald Drogerie

Fritz Schlumberger, Altensteig

Telefon 50, gegenüber Grünen Baum

Nützliche

Weihnachts-Geschenke

Kamelhaar-Pantoffel
„ -Umhangschuhe
„ -Schnallenschuhe
Filz-Hauschuhe
Filz-Reiseshuhe
Filz-Zimmerpantoffel
Filz-Schnallenschuhe
mit und ohne Lederbesatz
Filz-Schnürstiefel
mit Lederbesatz
Leder-Hauschuhe und
Leder-Schnallenschuhe
mit Wollfutter
Flehen-Wärmer
Turnschuhe
Gamaschen
Galoschen
Holzschuhe
Holzstiefel

empfiehlt billigt

Johs. Dürschnabel

Altensteig

Kirchl. Nachrichten.

3. Advent, 12. Dezember,
Vormittagsgottesdienst um
10 Uhr mit Predigt über
Matth. 11, 2-10: Sich
an Jesus anheften.
Lied 134, 387.
Nachher Kindergottesdienst
Nachm. 1/2 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.
Nachm. 2 Uhr Altensfeier im
Gemeindehaus
Abends 8 Uhr Gemeinschafts-
stunde
Am Mittwoch abend 8 Uhr
Bibelstunde im Luthersaal
Am Freitag abend 8 Uhr
Frauenabend i. Luthersaal

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 12. Dezember,
vormittags 9 1/2 Uhr
Predigtgottesdienst, vorm
11 Uhr Sonntagsschule,
abends 7 1/2 Uhr Advents-
predigt.
Montag, den 13. Dezember,
8 Uhr Frauen-Missions-
stunde.
Mittwoch, den 15. Dezember,
abends 8 Uhr Bibel- und
Gebetsstunde.

Für Weihnachten

empfehle mein gut sortiertes Lager in:

Manufaktur-, Woll-, Weiß- und Kurzwaren
Haushaltungs- und Küchengeräte
Glas- und Porzellanwaren
Geschenk-Artikel aller Art
Schirme, Stöcke, Windjacken, Gummimäntel
Mützen, gestr. Männerwesten, Sportwesten usw.
Spielwaren und Christbaumschmuck
zu anerkannt billigen Preisen

W. Hammann, Zwerenberg.

PAUL BECK

in Altensteig

empfiehlt zu

Weihnachtsgeschenken

Aluminiumgeschirre
Emailgeschirre
Gussgeschirre
Stahlpfannen
Messingpfannen
Butterläsfer
Buttermaschinen
Butterformen
Fleischhackmaschinen
Mandelreibe- und
Buddelschneidmaschinen
Messerpummaschinen
Teppichkehrmaschinen
Spaltenmaschinen
Waschwindmaschinen
Waschmangen
Blühenrührschüssel
Tafelwagen
Beigerwagen
Gewichte
Brückenwagen
Einkochapparate
Eßbestecke
Dessertbestecke
Crandierbestecke
Brotkapseln
Flurgarderoben
Purepressen
Parkettbohrer
Wiegmascher
Coillkeimer
Wieselwagen
Bügelbretter
Kermelbretter
Taubsägaraturen
Werkzeugkasten

Brotkörbe
Geldkörbe
Gebäckkästen
Gewürzkästen
Briefkästen
Kaffeekannen
Kaffeemühlen
Wandkaffeemühlen
Kaffeedosen
Zuckerboxen
Wassereisen
Bettflaschen
Blumengießkannen
Christbaumständer
Elektrische Bügeleisen
Kohlenbügeleisen
Spiritusbügeleisen
Plättisen
Servierbretter
Kohlenkästen
Kohlenfüller
Kohlenbeden
Ofenschirme
Ofenvorleher
Kohlensparer
Kinderbettstellen
Kinderbadewannen
Cortexplatten
Buntformen
Aufaufformen
Thermosflaschen
Spirituskocher
Spiritusgaskocher
Dawolerschlitten
Kinderschlitten
Schlittschuhe
Picknick-Tische

sowie alle sonstigen

Haushaltungs- und Küchen-Artikel.

Grosse Auswahl!

Billigste Preise!